



Projektbericht

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung und
Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln

Untersuchung des deutschen Steuersystems auf Überwälzungsvorgänge und ihre Wirkungen

Forschungsprojekt für das Bundesministerium der Finanzen

Endbericht – Executive Summary



Impressum

Vorstand:

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (Präsident)

Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)

Prof. Dr. Wim Kösters

Verwaltungsrat:

Dr. Eberhard Heinke (Vorsitzender);

Dr. Henning Osthues-Albrecht; Dr. Rolf Pohlig; Reinhold Schulte
(stellv. Vorsitzende);

Manfred Breuer; Oliver Burkhard; Dr. Hans Georg Fabritius;
Hans Jürgen Kerkhoff; Dr. Thomas Köster; Dr. Wilhelm Koll;
Prof. Dr. Walter Krämer; Dr. Thomas A. Lange; Tillmann Neinhaus;
Hermann Rappen; Dr.-Ing. Sandra Scheermesser

Forschungsbeirat:

Prof. Michael C. Burda, Ph.D.; Prof. David Card, Ph.D.; Prof. Dr. Clemens Fuest;
Prof. Dr. Justus Haucap; Prof. Dr. Walter Krämer; Prof. Dr. Michael Lechner;
Prof. Dr. Till Requate; Prof. Nina Smith, Ph.D.

Ehrenmitglieder des RWI

Heinrich Frommknecht, Prof. Dr. Paul Klemmer †, Dr. Dietmar Kuhnt

RWI Projektberichte

Herausgeber:

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Hohenzollernstraße 1-3, 45128 Essen

Tel. 0201-8149-0, Fax 0201-8149-200, e-mail: rwi@rwi-essen.de

Alle Rechte vorbehalten. Essen 2009

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D.

Untersuchung des deutschen Steuersystems auf Überwälzungsvorgänge und ihre
Wirkungen

Forschungsprojekt für das Bundesministerium der Finanzen

Endbericht – Executive Summary – August 2009

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung und
Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln

Untersuchung des deutschen Steuersystems auf Überwälzungsvorgänge und ihre Wirkungen

Forschungsprojekt für das Bundesministerium der Finanzen
Endbericht – Executive Summary
August 2009



Projektbericht

Projektteam Endbericht:

RWI: Nils aus dem Moore, Dr. Rainer Kambeck (Projektleiter), Dr. Tanja Kasten, Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D., Dr. Torsten Schmidt und Dr. Lars-H.R. Siemers;
Prof. Dr. Dirk Engel (seit September 2008 Fachhochschule Stralsund)

FiFo Köln: Christian Bergs, Mathias Dolls, Sven Heilmann, Daniel Newen, Andreas Peichl, Thilo Schäfer und Dr. Michael Thöne (Projektleiter)

Das Projektteam dankt Karl-Heinz Herlitschke, Claudia Schmiedchen, Daniela Schwindt, Joel Stiebale und Christoph Strupat für die Unterstützung bei der Durchführung des Projekts.

Executive Summary

Die durch die Besteuerung von Unternehmen entstehenden Lasten werden aufgrund von Überwälzungsvorgängen von natürlichen Personen und nicht von als „juristische Person“ definierten Unternehmen getragen. Dabei werden sie nicht nur über höhere Preise auf Konsumenten, sondern über vielfältige Kanäle auf unterschiedliche Akteure überwälzt. Welche Personen – Unternehmer, Anteilseigner, Arbeitnehmer oder Konsumenten – letztlich aufgrund von Unternehmenssteuern ihren Konsum einschränken müssen, hängt wesentlich davon ab, wie Unternehmen beispielsweise durch Preiserhöhungen, Lohnsenkungen, Verminderung von Investitionen oder Verringerung der Produktion auf die Besteuerung reagieren (können). Da in der Regel verschiedene Überwälzungskanäle gleichzeitig wirksam sind, können einzelne Bürger durch eine einzelne Steuer gleich mehrfach belastet werden, etwa als Anteilseigner und als Konsument.

Es ist das Anliegen der vorliegenden Arbeit, Licht in das komplexe Dickicht der Wirkungen der Unternehmensbesteuerung in Deutschland zu bringen. Dabei reizen wir die Grenzen des Möglichen in dem Sinne aus, dass wir unterschiedliche Elemente der Unternehmensbesteuerung jeweils auf der Basis eines spezifischen Forschungsdesigns sowie unterschiedlicher Methoden und Datenquellen untersuchen. In der Konsequenz können die jeweiligen Ergebnisse jedoch nicht ohne weiteres zu einem eindeutigen Gesamtergebnis verdichtet werden. An den Stellen, wo die isolierten Analysen zu in der Gesamtschau widersprüchlichen Ergebnissen führen, sollten aus dieser sehr forschungsorientierten Studie daher keine starken Politikimplikationen abgeleitet werden.

Insbesondere kamen bei unseren Analysen mikroökonomische Verfahren zum Einsatz, die auf umfangreiche Datensätze von einzelnen Unternehmen angewandt wurden. In diesem Teil der Arbeit wurden die Effekte von Unternehmenssteuern auf das Investitionsverhalten und auf Löhne und Beschäftigung abgeschätzt, wobei unterschiedliche konkrete Ansätze verfolgt wurden. Ein zweiter Schwerpunkt unserer Arbeit lag auf dem Einsatz von ökonomischen Verfahren auf der Ebene aggregierten Datenmaterials und von Simulationsmodellen, jeweils angewandt auf spezifische Effekte der Unternehmensbesteuerung bzw. auf konkrete Reformen dieses Systems. Untersucht werden im Einzelnen die Effekte der Mehrwertsteuer auf Preise verschiedener Gütergruppen, die Effekte der „Steuerreform 2000“ auf den Konsum, die Investitionen, das Wachstum, die Preise, die Löhne und die Beschäftigung und die Auswirkungen der „Unternehmenssteuerreform 2008“ auf den Konsum, die Kapitalrenditen, die Löhne, die Preise und andere Größen.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die wesentlichen Ergebnisse der Studie, strukturiert nach Forschungsfragen und eingesetzten Methoden. Im Anschluss werden die zentralen Ergebnisse der einzelnen Kapitel und ihre Interpretation in aller Kürze zusammengefasst.

Übersicht: Forschungsfragen, Methoden, Ergebnisse

Ergebnisgrößen	Kapitel	Ergebnisse
Inzidenz der Unternehmensbesteuerung (Regressionsanalysen)		
- Investitionen	5	<ul style="list-style-type: none"> - schwache Evidenz für einen direkten Effekt - starke Evidenz für indirekte Effekte über eine steuerinduzierte Reduktion der Innenfinanzierungskraft - negativ betroffen sind davon vor allem kleine und mittlere Unternehmen
- Löhne - Beschäftigung	6	<ul style="list-style-type: none"> - <i>Drei-Länder-Inzidenzanalyse</i>: Empirische Hinweise für einen direkten Effekt der Körperschaftsteuer auf den Lohn. Die Steuerlast wird nahezu vollständig, teilweise auch überproportional, auf den Faktor Arbeit überwält. Keine Evidenz für Beschäftigungseffekte. - <i>Inzidenzanalyse der Steuerreform 2000</i> (Differenz-in-Differenzen-Analysen): Empirische Hinweise für einen positiven Lohneffekt durch die Tarifsenkung der Körperschaftsteuer
Inzidenz der Umsatzsteuer (Deskriptive Analyse, Regressionsanalyse)		
- Preise	7	<ul style="list-style-type: none"> - starke Evidenz dafür, dass die Unternehmen kurzfristig nur etwa die Hälfte der Steuerlast der Mehrwertsteuererhöhung zum 1.1.2007 auf die Verbraucher überwälzen konnten - keine eindeutige Evidenz zum zeitlichen Muster der Überwälzung im Rahmen dieser Steuererhöhung; die Überwälzungsgeschwindigkeit variiert zwischen einzelnen Produktgruppen erheblich, d.h. in der kurzen Frist tragen einige Unternehmen einen erheblichen Teil der Steuerlast - keine Hinweise für Überwälzung der Steuererhöhung auf Produkte mit ermäßigtem Mehrwertsteuersatz, d.h. keine Querwälzung
Inzidenz der Steuerreform 2000 (VarX-Analyse)		
- BIP - Preise - Löhne - Beschäftigung	8	<ul style="list-style-type: none"> - Evidenz für einen positiven Effekt der Steuerreform auf das BIP im ersten Quartal 2001 - Evidenz für preisdämpfende Effekte der Steuerreform (sowohl bei Investitionsgütern als auch bei Verbrauchsgütern) - keine Evidenz für positive Effekte auf den Arbeitsmarkt (Nominallohne, Beschäftigung)
Inzidenz der Unternehmenssteuer(reform 2008) (Simulation)		
- Löhne - Kapitalrendite - Wohlfahrt	9	<ul style="list-style-type: none"> - je höher die internationale Kapitalmobilität und die Kapitalstrukturflexibilität der Unternehmen ausgeprägt sind, umso stärker wird die Last der deutschen Unternehmensbesteuerung auf den Faktor Arbeit in Form geringerer Löhne überwält - dieser Effekt zeigt sich vor allem für Haushalte mit einem ohnehin geringen Nettoeinkommen - die Unternehmenssteuerreform 2008 hat positive Auswirkungen auf die Gesamtwohlfahrt der Bürger, u.a. verursacht durch positive Lohneffekte

Eigene Darstellung.

Inzidenz der Unternehmensbesteuerung auf die Investitionen

In Kapitel 5 haben wir die Effekte von Variationen in der konkreten Steuerbelastung auf die von einzelnen Unternehmen im gleichen Zeitraum getätigten Investitionen untersucht. Dabei kamen auf der Basis eines umfangreichen Datensatzes von Unternehmen Regressionsmodelle zum Einsatz. Im Resultat finden wir nur sehr schwache Evidenz für einen direkten Effekt, aber starke Evidenz für indirekte Effekte der Besteuerung auf die Investitionen.

Von großer Bedeutung ist vor allem der indirekte Wirkungskanal, dass höhere Steuerzahllasten zunächst die Innenfinanzierungskraft der Unternehmen vermindern und damit zu reduzierten Investitionen führen: Unternehmen sind auf die Finanzierung von Investitionen mittels einbehaltener Gewinne angewiesen, wenn ihnen aufgrund unvollkommener Kapitalmärkte nicht das effiziente Kreditvolumen für eine Fremdfinanzierung oder die effiziente Menge an Beteiligungskapital zur Verfügung gestellt wird. Die Besteuerung reduziert jedoch den Gewinn nach Steuern, der ein Maß für diese Innenfinanzierungsmöglichkeiten von Investitionen ist. Dieser Gedankengang sollte aufgrund stärkerer Kapitalmarktrestriktionen vor allem für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) relevant sein. In unserer Studie finden wir nicht nur einen signifikant negativen Effekt auf die Investitionen über diesen Kanal, sondern auch Evidenz dafür, dass der Investitionseffekt bei kleinen und mittleren Unternehmen größer ist. Würden nach Steuern mehr Gewinne in den Unternehmen verbleiben, könnten in Deutschland unserer daraus erwachsenden Einschätzung nach vor allem die mittelständischen Unternehmen mehr investieren.

Darüber hinaus finden wir Evidenz dafür, dass höhere Verschuldungsquoten bei Unternehmen die Investitionen statistisch signifikant reduzieren. Vom Umfang her ist dieser indirekte Effekt zwar sehr gering. Er belegt aber trotzdem, dass die Verzerrung der Finanzierungsentscheidung zu Gunsten der Fremdkapitalfinanzierung zu einem negativen Effekt auf die Investitionen führt. Die Herstellung der Finanzierungsneutralität in der deutschen Unternehmensbesteuerung würde die Investitionen demnach in der Tendenz (leicht) erhöhen.

Der Nachweis direkter Effekte der Besteuerung ist schwieriger, u.a. weil die individuelle Steuerlast in hohem Maße mit den Innenfinanzierungsmöglichkeiten korreliert ist. Für die Wirkung des Hebesatzes der Gewerbesteuer haben wir schwache empirische Evidenz für einen sowohl ökonomisch als auch statistisch signifikant negativen Effekt auf die Investitionen gefunden. Demzufolge steigt die Investitionsquote von Unternehmen um 7,9%-Punkte, wenn der Hebesatz der Gewerbesteuer um 100%-Punkte gesenkt wird. Dies ist angesichts einer durchschnittlichen unternehmerischen Inves-

titionsquote von 19,8% in unserer Stichprobe ein durchaus beachtlicher Effekt. Der Effekt ist aber statistisch nicht robust, nicht zuletzt, da er auf der Basis einer vergleichsweise geringen Variation der Rahmenbedingungen in der Stichprobe abzuschätzen war. Aus diesen Ergebnissen darf daher nicht geschlossen werden, dass es keine direkten Effekte der Besteuerung auf die Investitionsentscheidungen von Unternehmen gäbe.

Inzidenz der Unternehmensbesteuerung auf Löhne und Beschäftigung

In Kapitel 6 haben wir die Inzidenz der Unternehmensbesteuerung auf die Löhne mit einem zweigeteilten Forschungsdesign untersucht, ebenfalls auf der Basis von umfangreichen Unternehmensdaten. Dabei kamen dynamische Regressionsmodelle und eine Differenz-in-Differenzen-Analyse zum Einsatz. Zunächst wurden in einer *Drei-Länder-Inzidenzanalyse* für Deutschland, Frankreich und Großbritannien die Ergebnisse der jüngeren empirischen Literatur tendenziell bestätigt: Wir finden empirische Hinweise¹ für eine ökonomisch relevante Überwälzung der durch die Körperschaftsteuer verursachten Steuerlasten auf den Faktor Arbeit. Hinsichtlich der zeitlichen Verzögerung dieser Effekte und ihrer quantitativen Dimension schwanken unsere Schätzergebnisse. Das Spektrum der monetären Effekte reicht in der kurzen Frist von -0,80 Euro bis -1,17 Euro (Median) und in der langen Frist von -0,90 Euro bis -4,44 Euro. Diese geschätzten monetären Effekte implizieren, dass die Steuerlast nahezu vollständig oder sogar überproportional überwälzt wird. Entsprechend der symmetrischen Formulierung des zugrunde gelegten Modells gilt diese Aussage in beide Richtungen: Bei gleicher Ertragslage der Unternehmen führen höhere Steuerzahllasten offenbar zu geringeren, niedrigere Steuerzahllasten zu höheren Löhnen.

In einer ergänzend durchgeführten *Drei-Länder-Analyse der Beschäftigungsinzidenz* konnten wir allerdings keine vergleichbare empirische Evidenz für relevante Beschäftigungseffekte der Körperschaftsteuer finden. Angesichts unserer großen Effekte für die Lohninzidenz erscheint dieses Ergebnis jedoch durchaus plausibel: Eine Mengenreaktion der Beschäftigung sollte nur zu beobachten sein, wenn die Preisreaktionen der Löhne beschränkt sind.

Zur *Inzidenzanalyse der Steuerreform 2000* haben wir zwei so genannte Differenz-in-Differenzen-Analysen durchgeführt, wobei einerseits Großbritannien und andererseits Frankreich als Vergleichsland dienten. Insbesondere in der Analyse mit Großbritannien als Vergleichsland konnten wir empirische Hinweise für einen positiven Lohneffekt des gesenkten Körperschaftsteuersatzes finden. Der stärkste in unseren Analysen ermittelte Ef-

¹ Wir sprechen von „empirischen Hinweisen“ statt von „empirischer Evidenz“, weil Zweifel an der Validität der ökonometrischen Modelle nicht vollständig ausgeräumt werden konnten.

fekt besagt, dass der Lohnsatz in deutschen Betrieben aus dem verarbeitenden Gewerbe in der Periode nach der Unternehmenssteuerreform gegenüber dem kontrafaktischen Vergleichsszenario ohne Steuersenkung im Mittel um rund 1,21% gestiegen ist. Unsere Ergebnisse weisen auch daraufhin, dass sich die Steuerreform nicht unmittelbar im Jahr ihres Inkrafttretens, sondern erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung auf die betriebliche Entlohnung ausgewirkt hat. Die deutsch-französische DiD-Analyse hat zu deutlich instabileren Ergebnissen geführt als das Szenario mit Großbritannien als Vergleichsland. Die wesentlichen Resultate konnten jedoch auch in dieser Länderkombination tendenziell bestätigt werden.

Überwälzung der Umsatzsteuer

Erhöhungen des Mehrwertsteuersatzes können sich im Prinzip in entsprechenden Preiserhöhungen niederschlagen, wenn die Unternehmen diese Steuererhöhung vollständig auf die Konsumenten überwälzen können. Ist die Nachfrage nach den betreffenden Gütern jedoch vergleichsweise flexibel, dann mag ihnen nur eine teilweise Überwälzung auf die Preise möglich sein. Um dies näher zu untersuchen, haben wir in einem Regressionsansatz die in Deutschland am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Mehrwertsteuererhöhung untersucht. Konkret wurde der Einfluss der Mehrwertsteuer durch die Integration einer Dummy-Variablen für die Mehrwertsteuer in einem so genannten „*First-Difference-Modell*“ mit robusten Standardfehlern erfasst. Zur Berücksichtigung von möglichen Vorzieheffekten und Anpassungsverzögerungen wurden zusätzlich Dummy-Variablen für die Monate vor und nach Einführung der Mehrwertsteuererhöhung in unsere Schätzung eingebunden. Weil uns leider keine regional disaggregierten Preisdaten zur Verfügung standen, konnten wir lediglich bundeseinheitliche Indexwerte auswerten. Es ist deshalb möglich, dass branchenspezifische Unterschiede in den Überwälzungseffekten durch eine stark aggregierte Regression in der Gesamtheit nivelliert werden.

In Übereinstimmung mit der jüngeren empirischen Literatur und unserer vorgelagerten deskriptiven Analyse konnten wir keine eindeutigen Ergebnisse zum zeitlichen Muster der Überwälzung erzielen. Allerdings bestätigt die Analyse der unmittelbaren Überwälzungseffekte zum Januar 2007 die These, dass die Mehrwertsteuer zum Zeitpunkt ihrer Einführung nur teilweise überwälzt wurde. Die Unternehmen konnten offenbar die Steuerlast in vielen Produktgruppen erst mit mehrmonatiger Verzögerung weitergeben. Dabei zeigt unsere ökonometrische Schätzung eine starke Heterogenität der Steuerüberwälzung zwischen einzelnen Produktgruppen: Während wir für die Verbraucherpreisgruppe „Verkehr“ eine fast vollständige Überwälzung zum 1. Januar 2007 ermitteln, ist die Überwälzungsrate für „Einrichtungsgegenstände für den Haushalt“ sowie „Andere Waren und Dienstleistungen“ weitaus niedriger. In unserer Schätzung wurde für die Produkt-

gruppen mit ermäßigtem Mehrwertsteuersatz kein signifikanter Einfluss der Mehrwertsteuererhöhung auf den Produktpreis festgestellt. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass die oftmals angenommene Querüberwälzung der Steuererhöhung von Produkten, für die der Regelsteuersatz erhöht wurde, hin zu Produkten, bei denen dies nicht der Fall ist, nicht nachgewiesen werden kann.

Aus den Ergebnissen lässt sich schlussfolgern, dass einige Unternehmen zumindest in der kurzen Frist einen erheblichen Teil der Steuerlast nicht auf die Preise und damit die Verbraucher abwälzen können. Sie müssen diese Belastung selbst tragen, falls es ihnen nicht gelingt, sie in Form einer Rückwälzung auf die Input-Faktoren Arbeit oder Kapital weiterzugeben. Zudem dürften die Reaktionsmöglichkeiten der Unternehmen in der kurzen Frist wohl geringer und die damit entstehenden Belastungen höher sein, als in der Literatur zur Steuerüberwälzung angenommen wird.

Inzidenzanalyse der Steuerreform 2000

Die Inzidenzeffekte der Steuerreform 2000 haben wir mit Hilfe eines so genannten VARX-Modells auf Basis von Makrodaten aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung geschätzt. Die Überwälzungseffekte wurden dabei mit Hilfe der geschätzten Parameter des VAR-Gleichungssystems durch Simulationen berechnet. Wir finden empirische Evidenz für einen positiven Effekt der Steuerreform 2000 auf das Bruttoinlandsprodukt. Nach unseren Simulationen auf Basis der VARX-Schätzungen ist die Wachstumsrate des BIP temporär im ersten Quartal 2001 durch die Steuerreform 2000 um 1,7%-Punkte gestiegen. Bis zum 4. Quartal 2002 schwanken die Zuwachsraten dann um die Nulllinie.

Wir finden darüber hinaus Evidenz für einen preisdämpfenden Effekt der Steuerreform, sowohl bezüglich der Preise für Investitionsgüter als auch für die Verbraucherpreise. Danach hat die Steuerreform die Teuerungsrate der Verbrauchsgüter im ersten Quartal 2001 um 0,4%-Punkte gesenkt. Wir finden innerhalb unserer VARX-Analyse jedoch keine Evidenz dafür, dass die Steuerreform 2000 den Arbeitsmarkt belebt hat: Es konnten keine signifikanten positiven Effekte auf Beschäftigung und Nominallöhne nachgewiesen werden; auch gibt es keinen signifikanten Hinweis für einen Rückgang der Lohnstückkosten. Wir finden hier also keine weitere spezifische empirische Evidenz für eine Lohnüberwälzung im Rahmen der Steuerreform 2000.²

² In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass sich die Analysen in Kapitel 6 und 8 nicht nur hinsichtlich der verwendeten Schätzverfahren unterscheiden. In Kapitel 8 stehen speziell die Effekte der Steuerreform 2000 auf die gesamtwirtschaftliche Summe der Arbeitnehmerentgelte im Fokus der Betrachtung, während in Kapitel 6 der Überwälzungseffekt der

Wir finden in unserer VARX-Untersuchung zwar eher Hinweise dafür, dass die Steuerreform den realen privaten Konsum erhöht hat, denn für die realen privaten Investitionen werden keine Impulse sichtbar; der Konsumeffekt ist allerdings nicht signifikant. Somit konnte zwar temporär für das 1. Quartal 2001 ein signifikanter Wachstumsimpuls der Steuerreform nachgewiesen werden, eine Begründung bzw. die hierfür verantwortliche Wirkungskette konnte allerdings aus den Schätzergebnissen nicht abgeleitet werden, weil die Ergebnisse für die Einflüsse der Steuern auf Konsum und Investitionen in isolierter Betrachtung nicht signifikant sind. Wir können zudem nicht belegen, ob die Effekte symmetrisch sind, Steuersenkungen also denselben Effekt wie Steuererhöhungen haben. Daher kann von unseren Ergebnissen bezüglich der Steuersenkungen durch die Steuerreform 2000 nicht automatisch spiegelbildlich auf Effekte von Steuererhöhungen geschlossen werden, vor allem nicht in Bezug auf die Stärke der Effekte.

Simulationsstudien zur Inzidenz der Unternehmenssteuer(reform 2008)

Mit dem am Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Universität Köln (FiFo Köln) entwickelten Simulationsmodell FiFoSiM haben wir abschließend die Inzidenzwirkungen der deutschen Unternehmensbesteuerung in einem allgemeinen Gleichgewichtsmodell (CGE-Modell) simuliert. Dabei wurde zunächst für ein Szenario mit den Annahmen der geschlossenen Volkswirtschaft das schon durch Harberger (1962) publizierte Ergebnis bestätigt, demzufolge die Steuerlast hauptsächlich auf den Faktor Kapital fällt. Je stärker jedoch im FiFoSiM-Modell die Annahmen der offenen Volkswirtschaft – internationale Kapitalmobilität und Flexibilität der Kapitalstruktur – zum Tragen kommen, umso größer ist die Überwälzung der Steuerlast auf den Faktor Lohn. Eine vollständige Überwälzung ist im FiFoSiM-Modell konstruktionsbedingt ausgeschlossen, weil eine unvollständige Produktsubstitution zwischen In- und Ausland angenommen wird.

Für eine differenziertere Analyse der Steuerlast von privaten Haushalten wurden in Abhängigkeit vom Haushaltsnettoeinkommen drei Haushaltstypen unterschieden. Wir konnten in diesem Kontext zeigen, dass die Verteilung der Lasten auf die einzelnen Haushaltstypen von der internationalen Kapitalmobilität bestimmt wird: Je mobiler das Kapital ist, desto größer wird die Traglast der Haushalte der unteren Einkommensgruppe.

Analysen zur Unternehmenssteuerreform 2008 ergaben positive Auswirkungen auf die Gesamtwohlfahrt der Bürger. Dabei zeigen die mit FiFoSiM ermittelten Ergebnisse, dass sich positive Überwälzungseffekte der Reform

Steuerzahllast von Unternehmen auf die betriebliche Pro-Kopf-Lohnsumme untersucht wird. Die Vergleichbarkeit der Analyseergebnisse ist daher eingeschränkt.

auf die Löhne ergeben dürften. Die genaue Aufteilung der Inzidenz zwischen den Faktoren Arbeit und Kapital hängt jedoch von Details der Modellspezifikation ab. Anhand von Sensitivitätsanalysen wurde gezeigt, wie sich Änderungen bei den Modellparametern auswirken. Aussagen zu den Folgen der Reform sind aber wegen des noch geringen zeitlichen Abstands zum Beginn der neuen Regelungen sehr vorsichtig zu bewerten. Erst wenn weitere „Datenpunkte“ berücksichtigt werden können, werden sich die Folgen der Reform klarer beschreiben lassen.